

Asylheim Lichtenberg

Berlin hat keinen Platz mehr – Zeitenwende in der Migrationspolitik ist das Gebot der Stunde



Foto: AfD-Hauptstadtfraktion

Berlin hat bei der Aufnahme von sogenannten Flüchtlingen bereits seit langem seine Kapazitätsgrenze überschritten, das weiß jeder, der sich auch außerhalb von Dienstwagen und Rotem Rathaus durch die Bezirke bewegt. Doch beim Senat scheint diese Erkenntnis noch lange nicht gereift zu sein.

Anstatt, dass der Wegner-Senat endlich die notwendigen Schritte einleitet, werden munter weitere Massenunterkünfte in der ganzen Stadt errichtet. Massenunterkünfte für Menschen, die nach geltendem Recht und Gesetz in unserem Land keine Bleibeperspektive haben und daher Deutschland alsbald wieder verlassen müssten.

Als erschreckendes Beispiel dieser bürgerfernen und geradezu ignoranten Politik kann wohl die geplante Flüchtlingsunterkunft an der Landsberger Allee gesehen werden. In einem (nun ehemaligen) Hotel plant der Senat eine Unterkunft für insgesamt 1.200 Migranten. Schon jetzt ist absehbar, dass dieser Zustrom von Migranten nach Lichtenberg das soziale Gefüge des gesamten Bezirks mit all seinen Begleiterscheinungen wie Kriminalität, mangelnder Infrastruktur und sozialen Verwerfungen zum Negativen verändern wird.

Dazu wird diese Unterkunft den Steuerzahler insgesamt 140 Millionen Euro kosten.

Besonders grotesk erscheint diese Summe, wenn man sieht, was wegen der klammen Kassen vom Senat so alles in Frage gestellt wird: Schülerticket, kostenloses Schulessen und die Gratis-Kita – also Maßnahmen, die vor allen Dingen der arbeitenden Bevölkerung zugutekommen. Gleichzeitig werden auch die Erhöhung und auch die Einführung neuer Steuern geprüft.

Wo hingegen nicht gespart werden soll, ist bei Migration und Integration. Das sind die Prioritäten des schwarzroten Senats.

Dabei brauchen wir jetzt vor allem:

- ➔ Die Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten
- ➔ Die Abschaffung sämtlicher Anreize für illegale Migranten
- ➔ Dauerhaften und effektiven Grenzschutz
- ➔ Den sofortigen Stopp von Sozialleistungen für abgelehnte Asylbewerber und ausreisepflichtigen Migranten
- ➔ Die Abschaffung des gesetzlichen Anspruchs auf Einbürgerung

Oder kurzum: Eine Zeitenwende in der Migrationspolitik.

ALEXANDER BERTRAM

Folgen Sie der Hauptstadtfraktion in den Medien und nehmen Sie Kontakt auf:

- +49 30 23 25-2622
- info@afd-fraktion.berlin
- afd-fraktion.berlin
- twitter.com/afdfraktionagh
- facebook.com/AfDFraktionAGH
- youtube.com/c/AfDFraktion AbgeordnetenhausBerlin
- instagram.com/afdfraktionagh
- tiktok.com/@hauptstadtfraktion



Abonnieren Sie unseren Newsletter

IMPRESSUM

HERAUSGEBER Fraktion der Alternative für Deutschland im Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin
V.I.S.D.P. Dr. Kristin Brinker **TELEFON** 030 2325-2622 **E-MAIL** info@afd-fraktion.berlin
Diese Zeitung informiert über die Arbeit der AfD-Fraktion. Sie darf nicht zu Wahlwerbezwecken verwendet werden.

Bürgeramtstermine innerhalb von 14 Tagen in Berlin nur eine unerreichbare Utopie?

Was wäre es schön gewesen, als Berliner einen Bürgeramtstermin innerhalb von 14 Tagen zu bekommen. Versprochen hatte dies der Regierende Bürgermeister Wegner (CDU) bei seinem Amtsantritt.

Das Ziel sollte bis Ende 2023 erreicht werden. Nun stellt sich heraus, das wird wohl auch weiterhin nichts. „Ich glaube, dass für viele Berlinerinnen und Berliner dieses 14-Tage-Ziel ehrlicherweise gar nicht so wichtig ist“, sagte Wegner nun auf seiner Sommerpressekonferenz 2024.

Vier bis sechs Wochen betragen im Moment die durchschnittlichen Warte-

zeiten. Da Termine nur noch online gebucht werden können und ein spontanes altmodisches Nummernziehen nicht mehr möglich ist, sind einige Berliner kreativ geworden. Sie buchen Termine im Voraus und lassen diese oft ungenutzt verfallen.

Fast ein Drittel aller Termine kommen also gar nicht zustande. Damit hatte der Senat nicht gerechnet. Wegner will nun Strafen für nicht wahrgenommene Termine verhängen und einen Tag ohne Terminbuchung im Bürgeramt einrichten. Sein Amtsversprechen will er aber nicht einhalten.

MARC VALLENDAR



Von Dänemark lernen – Problemviertel bekämpfen und Parallelgesellschaften überwinden!

Die AfD fordert Auflösung von Problemvierteln und Parallelgesellschaften bis 2040

Im Februar 2015 ermordete ein Islamist in Kopenhagen zwei Menschen und verletzte mehrere Polizisten zum Teil schwer.

Die dänische Öffentlichkeit war geschockt und forderte von der Politik eine strengere Migrationskontrolle. Das führte schließlich dazu, dass Dänemarks sozialdemokratische Regierung heute eine der strengsten Migrationspolitiken verfolgt, die es in der Europäischen Union gibt.

In Deutschland dagegen wurde der umgekehrte Weg eingeschlagen. Nach dem furchtbaren islamistischen Attentat auf dem Breitscheidplatz wurde beschwichtigt, abgewiegelt und die Mär vom Einzelfall erzählt. Mit all den fatalen

Folgen, die wir nun acht Jahre später tagtäglich auf deutschen Straßen erleben müssen.

Die AfD-Hauptstadtfraktion hat sich daher auf den Weg nach Kopenhagen begeben, um mit den Verantwortlichen der Stadt zu sprechen und sich selbst ein Bild vor Ort zu machen.

Dabei wurde klar, dass der dänische Weg in der Migrationspolitik auch ein Vorbild für Deutschland und insbesondere für Berlin sein muss. Denn nur, wenn wir jetzt gegensteuern, lassen sich Problemviertel und Parallelgesellschaften überwinden.

ALEXANDER BERTRAM

Berlin, Du kannst es besser!

→ Probleme sichtbar machen



→ Integrationsbarometer nach dänischem Vorbild einführen



→ Vorrang für deutsche Staatsbürger bei der Vermietung landeseigener Wohnungen



→ Bewohnermix in Problemvierteln verbessern



→ Mehr Polizei auf der Straße



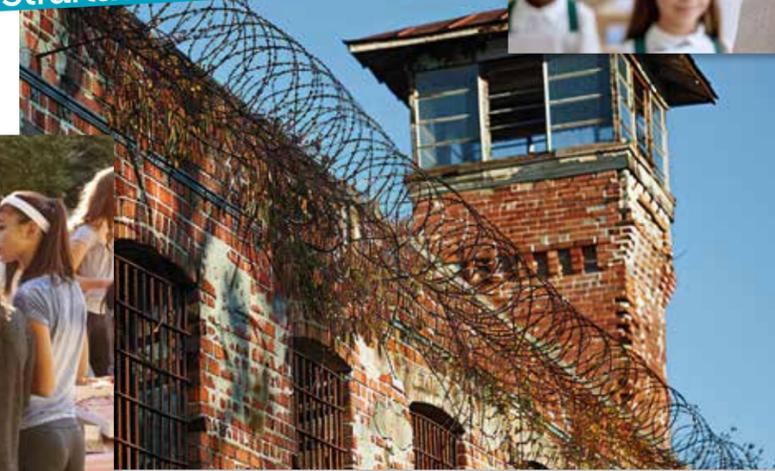
→ Strafzonen mit doppeltem Strafmaß in Problemvierteln



→ Verkürzung von Strafverfahren



→ Eröffnung eines Strafvollzugs für ausländische Straftäter im Ausland



→ Informationskampagnen mit der klaren Botschaft: Das „Weltsozialamt“ ist geschlossen.



→ Errichtung eines Abschiebezentrums



→ Schulpflicht konsequent durchsetzen



→ Für Schulen in Problemvierteln eine Obergrenze für Schüler mit nichtdeutscher Herkunftssprache einführen



Erklärtes Ziel der AfD-Fraktion:

Bis 2040 lösen wir auch in Berlin Problemviertel und Parallelgesellschaften auf. Wir beenden den Teufelskreis aus Schulabbruch, Arbeitslosigkeit, Kriminalität und Islamismus. Wir schaffen damit die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration in die deutsche Mehrheitsgesellschaft. Gleichzeitig scheuen wir uns nicht, diejenigen ausländischen Staatsbürger auszuweisen, die sich der Integration verweigern. Wir wagen den Aufbruch in ein sicheres und lebenswertes Berlin.

Das gesamte Positionspapier finden Sie unter:

afd-fraktion.berlin/klausurtagung-kopenhagen

Von Dänemark lernen – Problemviertel bekämpfen und Parallelgesellschaften überwinden!
9. Juli 2024



35 Jahre Mauerfall – Warum der Osten heute blau wählt

Der Osten reagiert empfindlicher auf die Grenzüberschreitungen der Staatsorgane

Vor 35 Jahren – am 9. November 1989 – fiel die Mauer und die DDR-Oberen verloren den Zugriff auf ihr Land.

Nur wenige trauerten der kommunistischen Diktatur nach. Auch diejenigen, die sich mit der SED-Herrschaft arrangiert hatten, waren froh, dass die Verlogenheit der öffentlichen Medien, die allgegenwärtige Bespitzelung, die Gesinnungsschnüffelei und die vorgeschriebenen Treuebekundungen zum sozialistischen Staat endlich vorbei waren. Umso ernüchternder war es für viele ‚gelernte‘ DDR-Bürger und ihre Nachkommen als sie beobachten mussten, wie sich spätestens seit 2015 die Anklänge an diese für überwunden geglaubten Zustände auch in der Bundesrepublik unter der Kanzlerschaft von Angela Merkel mehrten. Da wurde die „Willkommenskultur“ zum unhinterfragbaren Dogma erhoben und die öffentlich-rechtlichen Medien verkamen wieder zu Regierungssprachrohren.



Foto: stock.adobe, Andrius

Nicht viel anders war es in der Corona-Zeit, wo Kritiker der Corona-Maßnahmen als ‚Nazis‘ mundtot gemacht wurden. Dass die Bundeskanzlerin die demokratische Wahl eines Ministerpräsidenten in Thüringen rückgängig machen ließ, setzte dem ganzen die Krone auf. All das stieß den Ostdeutschen bitter auf. Als gebrannte Kinder der

Diktatur reagieren sie empfindlicher als Westdeutsche auf die Grenzüberschreitungen der Staatsorgane. Deswegen wählen die meisten im Osten heute AfD. Denn nur wenn es eine echte Alternative gibt, gibt es auch Demokratie. Und die will man nach 35 Jahren nicht wieder verlieren.

MARTIN TREFZER

Berlin wird zu Pollerbü

Der Bezirk Mitte bewirbt den eigenen Bezirk mit den Worten „Willkommen in Pollerbü“



Foto: stock.adobe, Sülmith/Söllmann

Pollerbü, was soll das heißen? Gemeint ist das massenweise Aufstellen rot-weißer Metallpfosten und Schilder, um Autos vom Fahren abzuhalten und Fahrradfahrern das Gefühl zu geben: „bike first“.

In der Helmstedter Straße in Wilmersdorf, einer der ruhigsten Nebenstraßen der Stadt, hat Stadtrat Schruoffeneger von den Grünen an der Ecke Aschaf-

fenburger Straße 26 Poller für 70.000€ aufbauen lassen.

Der ebenfalls grüne Baustadtrat Schriener in Mitte hat sogar einfach mal Verkehrsdaten rechtswidrig verfälscht, um in der Tucholskystraße die Aufstellung von Pollern zu rechtfertigen. Erst ein von den Anwohnern herbeigeführtes Gerichtsurteil konnte ihn stoppen.

Am Neuköllner Richardplatz hat jetzt die Feuerwehr Alarm geschlagen, weil Löschfahrzeuge wegen der Poller nicht mehr reibungslos durchfahren können, sondern minutenlang rangieren müssen, was Menschenleben kosten kann.

In der Stadthausstraße in Lichtenberg bekommt ein Geschäft für Motorgeräte keine Ware mehr, weil die Lieferfahrzeuge nicht mehr durch die Poller kommen.

Und selbst der Gestaltungsrat des Senats beklagt jetzt diese Zustände und verlangt weniger Poller.

Die AfD setzt sich immer für Verkehrssicherheit ein, aber das rein ideologische Vollmüllern mit Pollern lehnen wir strikt ab.

Und wie sehen Sie das? Schreiben Sie mir Ihre Meinung per Mail an:

wiedenhaupt@afd-fraktion.de

ROLF WIEDENHAUPT